

Lassnigg, Lorenz

Überlegungen und Befunde zu einer LLL-Strategie in Österreich

Magazin erwachsenenbildung.at (2007) 0, 25 S.



Quellenangabe/ Reference:

Lassnigg, Lorenz: Überlegungen und Befunde zu einer LLL-Strategie in Österreich - In: *Magazin erwachsenenbildung.at* (2007) 0, 25 S. - URN: urn:nbn:de:0111-opus-75478 - DOI: 10.25656/01:7547

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-75478>

<https://doi.org/10.25656/01:7547>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



Magazin
erwachsenenbildung.at

<http://www.erwachsenenbildung.at>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe Nr. 0, Februar 2007

Der Stellenwert der Erwachsenenbildung im Kontext des Lebenslangen Lernens

Lorenz Lassnigg, IHS:

Überlegungen und Befunde zu einer LLL-Strategie in Österreich

Überlegungen und Befunde zu einer LLL-Strategie in Österreich

von Lorenz Lassnigg, IHS

Lorenz Lassnigg (2007): Überlegungen und Befunde zu einer LLL-Strategie in Österreich.
Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-0/meb-ausgabe07-0.pdf>. ISSN 1993-6818. Erscheinungsort: Wien. 39308 Zeichen. Veröffentlicht Februar 2007.

Schlagworte: Bildungspolitik, Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung, Bildungsökonomie

Abstract

Aktuell steht in Österreich die Entwicklung einer Strategie für das lebensbegleitende Lernen (LLL-Strategie) an. Es gibt Vorarbeiten einer ExpertInnenarbeitsgruppe, die wichtige Eckpunkte gesetzt haben. Aber vieles ist noch offen geblieben, und es gibt viel Diskussionsbedarf. Auf der bifeb-Tagung im Dezember 2006 wurde ein vielfältiger Dialog begonnen, für seine Fortsetzung werden in diesem Beitrag einige wesentliche weitergehende Fragen der Strategieentwicklung angesprochen, vor allem Fragen und Bestandteile einer Zieldiskussion und die Entwicklung von operativen Prioritäten.

Für die Zieldiskussion werden die verschiedenen widersprüchlichen Zielbereiche (wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell) in einem Vorschlag für eine gemeinsame Plattform des LLL vereinigt. Die zersplitterte Struktur der AkteureInnen wird als Ausgangspunkt für den Aufbau koordinierender Strukturen charakterisiert. Anschließend wird als eine Art Checkliste ein Vorschlag von operativen Prioritäten diskutiert, die für die Ausarbeitung einer LLL-Strategie weiter konkretisiert werden müssen.

Als die wesentlichen offenen Fragen werden die Bewertung der Beteiligung und Finanzierung in der Erwachsenenbildung, die Ausgestaltung von Koordinationsstrukturen und die Entwicklung von wirksamen Ansätzen für die Anerkennung und Validierung von nicht formal und informell erworbenen Kompetenzen herausgearbeitet.

Überlegungen und Befunde zu einer LLL-Strategie in Österreich

von Lorenz Lassnigg, IHS

Für die Zieldiskussion werden die verschiedenen widersprüchlichen Zielbereiche (wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell) in einem Vorschlag für eine gemeinsame Plattform des LLL vereinigt. Die zersplitterte Struktur der AkteurlInnen wird als Ausgangspunkt für den Aufbau koordinierender Strukturen charakterisiert. Anschließend wird als eine Art Checkliste ein Vorschlag von operativen Prioritäten diskutiert, die für die Ausarbeitung einer LLL-Strategie weiter konkretisiert werden müssen.

Als die wesentlichen offenen Fragen werden die Bewertung der Beteiligung und Finanzierung in der Erwachsenenbildung, die Ausgestaltung von Koordinationsstrukturen und die Entwicklung von wirksamen Ansätzen für die Anerkennung und Validierung von nicht formal und informell erworbenen Kompetenzen herausgearbeitet.

Einleitung: Paradigmenwechsel, Ökonomisierung, Zieldiskussion

Lifelong Learning wird als Kürzel – ob gut oder nicht gut gewählt, sei dahingestellt – für einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik verstanden (vgl. Lassnigg 2005). Dieser Paradigmenwechsel reicht bis in die 1970er-Jahre und noch weiter zurück, Vorformen sind: Education Permanente und Recurrent Education.

Ein **erster** wesentlicher Bestandteil dieses Paradigmenwechsels war die Aufmerksamkeit für das Lernen oder die Bildung Erwachsener als notwendige Ergänzung der Bildung der Heranwachsenden.

Ein **zweiter** Bestandteil war, dass die neuen Bildungsanforderungen im Lebensverlauf auch notwendige Veränderungen in der so genannten „Vorderlader“-Kindheits- und Jugendbildung und -ausbildung nach sich zogen. Diese beiden Bestandteile sind im Prinzip nur wenig umstritten.

Ein **dritter** Bestandteil ist schon eher umstritten, nämlich die Umstellung der Begrifflichkeit von Bildung (oder Erziehung) auf Lernen und damit einhergehend der Wechsel der Perspektive weg von den Institutionen hin zu den Individuen. Diese Umstellung hängt auch damit zusammen, dass im Bereich der Erwachsenenbildung andere



Herangehensweisen an Bildung und Lernen existieren als bei Kindern und Jugendlichen und dass das Lernen der Erwachsenen anders organisiert ist. In einer übergreifenden Strategie stellt sich die Frage nach den Gemeinsamkeiten der beiden Bereiche deutlicher, und vielleicht gibt es auch in der Erstbildung schon einige Erwachsene . . .

Eine treibende Rolle in diesem Paradigmenwechsel haben – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – Internationale Organisationen (UNESCO, OECD, mit größerer Reservation: ILO) und seit der Beschäftigungsstrategie in den späten 1990er-Jahren immer stärker auch die europäischen Institutionen gespielt. Es ist unbestreitbar, dass der Paradigmenwechsel wesentlich von wirtschaftlichen Erwägungen angetrieben wird, wenn auch die europäischen Zielsetzungen immer von den drei Aspekten:

- wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit,
- sozialer Zusammenhalt und
- persönliche Entwicklung

ausgehen.

Wie immer bei einem Paradigmenwechsel auf politischer Ebene zu erwarten, sind damit tief gehende ideologische Grundsatzdebatten im Feld verbunden: Was bedeutet das für unser Verständnis von Bildung und Lernen? Welche Interessen liegen da hinter und werden bedient? Welche Folgen hat die Umstellung oder Veränderung für die bestehenden Institutionen und die AkteurInnen – wer gewinnt, wer verliert etwas? Wie sind die neuen Anforderungen, Zielsetzungen und Vorschläge mit den vorherigen Bestands- und Reformvorstellungen verbunden oder kontrastiert? Wie sind die angestrebten Veränderungen in den vorhandenen Machtstrukturen verankert? Und so weiter . . .

Für die Entwicklung einer nationalen österreichischen Strategie, die wirksam, also mehr sein soll als die Worte am Papier, ist es daher erforderlich, zumindest zwei Arten von Diskurs zu führen:

Erstens ist auszuloten, welche Zielsetzungen die Strategie erfüllen soll und welche Implikationen sich für das Bestehende ergeben, das heißt: Welche Vorteile, Stärken etc. sind durch die angestrebten Veränderungen in Gefahr? Welche Schwächen sollten überwunden werden?

Zweitens ist zu untersuchen, durch welche strategischen *Schritte, Prioritäten und Maßnahmen* eine Verwirklichung der Zielsetzungen möglich wird. Wobei der Sinn einer

Strategie, zumindest ist dies eine Definition, darin besteht, dass durch das Weitergehen auf den bestehenden Pfaden die Verwirklichung der Ziele nicht erreicht werden kann und daher Maßnahmen erforderlich sind, die von diesen Wegen abweichen.

Evidence Based Policy würde in diesem Zusammenhang zumindest bedeuten, dass gute Gründe für einen bestimmten Mix an Maßnahmen in üb erprüfbarer Weise namhaft gemacht werden können. Weitergehend wären auch die Konsistenz und die Sinnhaftigkeit der Zielsetzungen so weit wie möglich zu prüfen, und wäre deren Erreichbarkeit durch die angestrebten Maßnahmen abzuschätzen.

Eine der wesentlichen ideologischen, politischen und au ch sachlichen Fragen im Zusammenhang mit d em neuen Paradigma ist i n den parallel dazu verlaufenden Diskursen um die so gen annte Ökonomisierung des Bildungswesens (wie auch anderer gesellschaftlicher Bereiche) angesiedelt.

Vereinfacht ausgedrückt, besteht der Verdacht, die Umstellung auf Lifelong Learning wäre lediglich das programmatische Vehikel, um i n neoliberaler Manier das gesamte Bildungswesen den Zwängen der Marktgesetzlichkeit und den ökonomischen Imperativen zu unterwerfen und damit die mögli chen kritischen und em anzipatorischen Potenziale noch weiter zu untergraben als dies ohnehin schon der Fall sei – sozusagen als Vollendung der *Great Transformation*, der Durchsetzung der Marktwirtschaft in die bislang noch geschützten Bereiche. Daraus ergeben sich Fragen nach den Grenzen der Ökonomisierung wie au ch nach begründbaren Bestandteilen einer nicht-neoliberalen Lifelong Learning-Strategie.

Im Folgenden werden einige Überlegungen zu di esen großen und viel schichtigen Aspekten, die in ei nem Beitrag natürlich nicht erschöpfend behandelt werden können, angesprochen und diskutiert:

- Was sind wichtige Fragen und Bestandteile einer Zieldiskussion für eine LLL-Strategie in Österreich im weiteren EU-Kontext?
- Was sind essenzielle Aspekte eines Umrisses einer LL L-Strategie in Österreich?
- Welche operativen Prioritäten erscheinen auf dem gegenwärtigen Wissens- und Erfahrungsstand begründbar?
- Welche wichtigen offenen Fragen bestehen und sind vordringlich zu klären?

Zieldiskussion: Aufbruch, Bedrohung, Hype oder was?

Für die verstärkte Bedeutung von Bildung und für die Notwendigkeit grundlegender Reformen gibt es verschiedene Argumente auf verschiedenen Abstraktionsebenen: von der Entwicklung neuer Gesellschaftsformationen (Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft, Lernende Wirtschaft etc.) über neue Wettbewerbskonstellationen (Globalisierung) und Technologieparadigmen (Innovationssysteme) sowie soziopolitische Veränderungen (Zivilgesellschaft und neue Governanceformen) bis hin zu pragmatischen Anforderungen des Arbeitsmarktes (Employability) und der Lebensgestaltung (Partizipation und Ausschluss).

Wie immer man zu den großen Entwürfen steht, es lassen sich genügend Veränderungen und Herausforderungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen festmachen, die eine neue Positionierung des Bildungswesens rechtfertigen (siehe die Stichworte in Abbildung 1)

Abbildung 1: Stichworte zu wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen für das Bildungswesen



Quelle: Eigene Darstellung

Die Stichworte in Abbildung 1 deuten die Diskurse an, die je nach Standort und Position in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen – wirtschaftlich, politisch, sozial, kulturell – mit unterschiedlichen Argumenten geführt werden. Gemeinsam ist diesen vielen Aspekten, dass sie in den Augen der AkteurInnen etwas mit Bildung zu tun haben, sei es,

dass der vorhandene Bildungsstand eine differenzierende Rolle spielt, oder sei es, dass von Bildungsprozessen ein besserer Umgang mit den jeweiligen Problemen erwartet wird.

Es ist hier nicht der Ort, in diese Diskurse einzusteigen, es soll nur demonstriert werden, dass in die ser Zieldiskussion um ei ne LLL-Strategie dafür Platz sein mu ss, wenn die Strategie inklusiv sein und nicht wesentliche AkteurInnen ausschließen soll (vgl. Lassnigg 2000).

Vier Grundfragen der Zieldiskussion

Die auf EU-Ebene vorne angesprochenen drei großen Zielbereiche für Lifelong Learning (wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, persönliche Entwicklung) lassen im Prinzip auch Raum für diese Diskurse.

Es fragt sich, wie weit sie tatsächlich geführt werden bzw. wo offene Bereiche bestehen. Hier kommt insbesondere die Gewichtung der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkte ins Spiel. Dies ist die **erste Grundfrage** der Zieldiskussion: *Welche gesellschaftlichen Bereiche werden angesprochen?*

Die **zweite Grundfrage** ergibt si ch aus der Beachtung des gesamten Zyklus d es Bildungswesens (von der frühkindlichen Erziehung bis zur Erwachsenenbildung) und aller Formen des Lernens (formal, nicht-formal, informell) in den Zielsetzungen: Wie sind diese zu gewichten? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Bereichen?

Hier besteht ein **erstes Problem** in den grundlegenden Unterschieden zwischen Erst- bzw. Jugendbildung und Weiter- bzw. Erwachsenenbildung: *Wie kann eine gemeinsame Strategie diesen Unterschieden gerecht werden und den Zusammenhang stärken?*

Ein **zweites Problem** besteht in de n veränderten Anforderungen an di e Erst- b zw. Jugendbildung durch die steigende Bedeutung der Weiter- bzw. Erwachsenenbildung: *Wie können die Voraussetzungen für weitere B ildungs- und Lernprozesse grundlegend verbessert werden, motivational, funktional und organisatorisch?*

Die **dritte Grundfrage** ergibt sich daraus, dass mit dem LLL-Paradigma auch eine veränderte Vorstellung der Bereitstellungs- und Steuerungsstrukturen (Governance) des Bildungswesens verbunden ist. Wesentliche Punkte sind hier

- ein stärkerer Fokus auf die Lernenden (Individualisierung)
- eine neue Rolle des Staates (begrenzte Verantwortung, diversifizierte Bereitstellung)
- die Einbeziehung vieler AkteurInnen (lokal und regional, Eltern, Unternehmen etc.).

Im Governancemodell bestehen deutliche Affinitäten zu Formen der marktwirtschaftlichen Bereitstellung, die Hauptanwendungspunkt des Vorwurfes neo-liberaler Ideologie sind, was zweifellos nicht von der Hand zu weisen ist. Auf der anderen Seite findet aber auch die traditionelle Form staatlicher Bereitstellung in der Spannung zwischen Verwaltungshandeln und Dienstleistung keine große Akzeptanz mehr.

Abbildung 2: Aspekte des Bildungs- und Governancemodells von Lifelong Learning

Bildungsmodell	Governancemodell
Erstbildung(J)+Weiterbildung(EB) <ul style="list-style-type: none"> - Erstbildung wird auch als Grundlegung für spätere Bildung gesehen und bewertet - Lernen muss nach der Erstbildung weitergehen und möglich sein 	Akteure <ul style="list-style-type: none"> - Lernen findet in vielen Kontexten statt - (formales Bildungswesen, nicht formale Angebote, informal insbesondere am Arbeitsplatz) - Viele Akteure sollen in die Organisation und Bereitstellung von Lernen eingebunden sein
Lernen = Formal+Nicht Formal+Informal <ul style="list-style-type: none"> - Die Lernprozesse werden in den Vordergrund gestellt - Bildungsinstitutionen sind Lernumgebungen - Aber auch in anderen Kontexten wird gelernt 	Bereitstellung/Regulierung <ul style="list-style-type: none"> - Der Staat hat die Verantwortung für die Grundbildung, die Bereitstellung kann in verschiedenen Formen erfolgen
Lernende im Mittelpunkt <ul style="list-style-type: none"> - Soziale Nachfrage nach Bildung 	Verantwortlichkeiten <ul style="list-style-type: none"> - auch andere Akteure sollen Verantwortung übernehmen

Quelle: Eigene Darstellung

Die Trennung von Verantwortung und Bereitstellungsformen ist ein allgemeiner Lösungsansatz des Governancemodells – es geht um sorgfältige Konstruktionen, damit

das öffentliche Interesse in der Spannung zwischen Marktversagen und Politikversagen gewahrt werden kann.

Die **vierte Grundfrage** bezieht sich auf die zu erreichenden Zielsetzungen in Form von Erfolgskriterien oder Qualitätsindikatoren: *Was soll konkret durch die Strategie erreicht werden und woran wird der Erfolg gemessen?*

Hier kann man die oben angesprochenen Herausforderungen und Zielbereiche mit den vorgeschlagenen bzw. vorhandenen Kriterien konfrontieren. Auf EU-Ebene gibt es die Strukturierung des Lissabon-Prozesses in die drei Bereiche: Qualität, Zugang und Öffnung und in die entsprechenden Unterbereiche, die in unterschiedlichem Maß durch Indikatoren abgedeckt sind.

Grundelemente einer Strategie

In früheren Beiträgen (vgl. Lassnigg 2001) wurde herausgearbeitet, dass in Österreich vor allem **zwei Hauptprobleme** der Entwicklung des LLL entgegenstehen:

Erstens die mangelnde Informationsbasis, was einerseits die Datenlage, andererseits aber auch das Verständnis für die Funktions- und Wirkungsweisen des Bildungswesens (*Blindflug im Nebel*) anbelangt. Die fehlende Informationsbasis bezieht sich nicht nur auf das Angebot, die Beteiligung und die Finanzierung in der Erwachsenenbildung und Weiterbildung, sondern vor allem auch auf das Zusammenspiel zwischen Erst- und Weiterbildung, die hemmenden und fördernden Faktoren in Bildungskarrieren, das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage in allen Bereichen des Bildungswesens unter Berücksichtigung der Strategien der verschiedenen AkteurInnen (LernerInnen, AnbieterInnen, Betriebe, Politik etc.), die Lernbedürfnisse und Motivationen der Bevölkerung und ihre Befriedigung, vorhandene Anreize und Barrieren für die Bildungsbeteiligung und ihre Wirkungsweisen sowie die Qualitätssicherung von und die Methoden in Bildungsprozessen und die Ergebnisse bzw. Wirkungen von Bildungsprozessen in allen Bereichen.

Zweitens die mangelnden Strukturen und Mechanismen für die Entwicklung des LLL, besonders für den Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung (*das Heiße-Kartoffel-Syndrom*: die AkteurInnen haben eine gewisse Bereitschaft, sich der Sache anzunehmen, aber wenn es darum geht, wirklich zuzugreifen, wird es ihnen zu heiß und die Sache wird wieder fallen gelassen).

Dies ist kein österreichisches Spezifikum: Eine der letztlich gebliebenen, „großen“ politischen Schlussfolgerungen aus dem internationalen OECD-Review über Erwachsenenbildung lautet, dass geeignete Kooperationsstrukturen und Zuständigkeiten für die Bereitstellung des LLL aufgebaut werden müssen, die den verschiedenen AkteurInnen auch klare Verantwortungen zuordnen (vgl. OECD 2005, S. 14 u. S. 109ff.).

Eine inhaltliche Plattform

Hans G. Schuetze (2005; siehe auch Elke Gruber 2007 In: Magazin erwachsenenbildung.at, Nr. 0, S. 02–1 bis 02 -13) hat eine Typologie von Konzepten oder Modellen vorgeschlagen, die unter dem Sammelbegriff des Lifelong Learning „segeln“ (siehe Abbildung 3). Diese Modelle sind direkt mit der Ziel diskussion verbunden und haben eine Affinität zu den in Abbildung 1 herausgearbeiteten Herausforderungen (man kann auch eine Verbindung dieser Modelle zu Schwerpunkten in den traditionellen Paradigmen der Volks- oder Erwachsenenbildung herstellen; vgl. Lassnigg 2006).

Abbildung 3: Grundmodelle des Verständnisses von Lifelong Learning



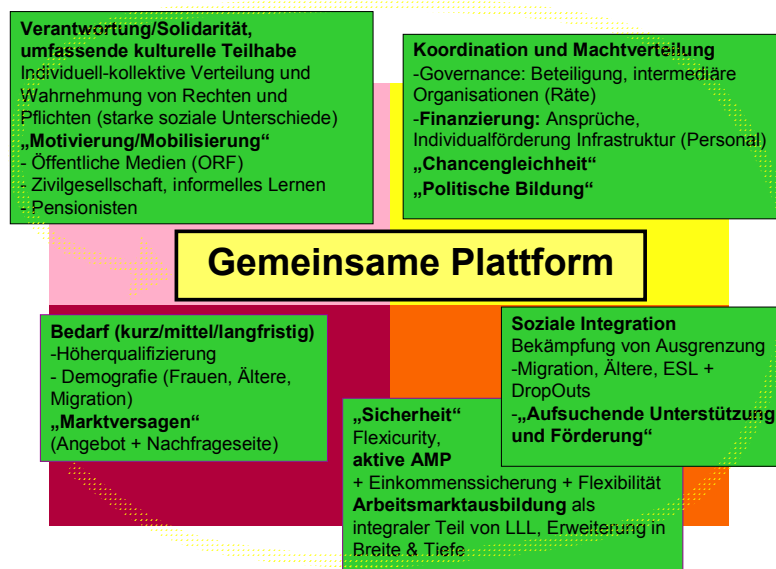
Quelle: Schuetze 2005

In den politischen Diskursen und Auseinandersetzungen besteht nun die Tendenz, diese Modelle als (notwendigerweise) mehr oder weniger scharf miteinander konkurrierend oder als sich gegenseitig ausschließend zu werten, auf Basis der Verteilung von mehr oder weniger antagonistischen Interessenpositionen und Machtpotenzialen unter den

AkteurInnen – Motto: wenn man einen kleinen Schritt in eine Richtung geht, ist man schon „eingekauft“ und die anderen Aspekte sind ausgeschlossen.

Im Folgenden wird versucht zu zeigen, dass dies keineswegs notwendigerweise der Fall sein muss. Vielmehr wird behauptet, dass es von der Konzeption der Strategie und von der Formulierung der Ansprüche und Ziele in den jeweiligen Bereichen abhängt, wie die vielfältigen, zweifellos auch konfligierenden Interessen der AkteurInnen eingebracht werden können.

Abbildung 4: Gemeinsame Plattform von Zielbereichen für die verschiedenen Grundmodelle des Lifelong Learning



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 4 beschreibt in Stichworten die Ziele und Forderungen, die aus Sicht der heutigen sozioökonomischen Forschung im Konzept eines einigermaßen konsequent formulierten europäischen Sozialmodells für die vier Teilbereiche bzw. Lifelong Learning-Ansätze als gemeinsame Plattform gesehen werden können – eine, wenn man so will, „zentristische“ Position, da die angeführten Aspekte vom wirtschaftlichen Bedarf über soziale Sicherheit und Integration sowie Koordination und Machtverteilung bis zu den Fragen der kulturellen Teilhabe und Motivation jedenfalls als zu behandelnde Themen konsensfähig sind.

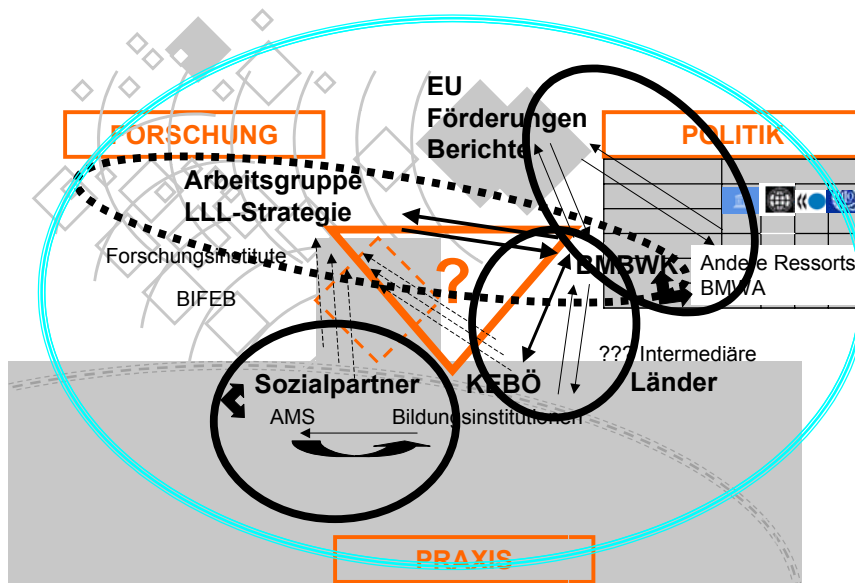
In jedem der fünf Bereiche „steckt der Teufel natürlich im Detail“, d.h. es kommt darauf an, wie „radikal“ – in welcher Richtung auch immer: neo-liberal oder anti neo-liberal oder nachhaltig oder sozialdemokratisch – die Ziele formuliert und operationalisiert werden. Dies wäre dann eben die Aufgabe der AkteurInnen im Prozess der Strategieentwicklung.

Partizipation und Governance

Die Einbeziehung der AkteurInnen und die Entwicklung von Governance-Strukturen sind – neben der angesprochenen Auswahl und Formulierung der inhaltlichen Zielbereiche als erstem Strang – der zweite Strang der Strategie.

Die Herausforderungen in diesem Bereich sind durch die nicht unabsichtlich verwirrende Abbildung 5 angezeigt. Diese zeichnet ein (sicherlich vereinfachtes) Bild der AkteurInnen und ihrer Dialog-Strukturen im Dreieck zwischen *Forschung* (angezeigt durch die Vielzahl der Institutionen im linken oberen Bereich der Abbildung), *Politik* (dargestellt durch die internationalen und europäischen Institutionen sowie die österreichischen Ministerien und Länder im rechten oberen Bereich der Abbildung) und *Praxis* (dargestellt durch die „Gestirne“ der Bildungsinstitutionen und die Betriebe an der Basis der Darstellung).

Abbildung 5: AkteurInnen-Gruppen und Dialog-Beziehungen im LLL



Quelle: Eigene Darstellung

Dieser Einschätzung zufolge existieren zwischen diesen Bereichen mehrere verknüpfte AkteurInnen-Kreise, die voneinander mehr oder weniger unabhängig agieren. Ohne Wert auf die Reihenfolge zu legen, sind das:

- *AMS – Sozialpartner – Anbieterinstitutionen* (hier geht es um die Arbeitsmarktausbildung, die etwa ein Drittel aller Ausgaben bzw. das Doppelte der Ausgaben aller öffentlichen Gebietskörperschaften ausmacht);
- *die Beziehungen zwischen den politischen Institutionen*, in der „alten“ Struktur von BMBWK – BMWA – EU/ESF und teilweise auch mit weiteren Internationalen Organisationen (OECD, UNESCO, ILO etc.);
- *die Beziehungen zwischen Bund, KEBÖ und Ländern*, die sich in den letzten Jahren ziemlich im „Fluss“ befunden haben, wobei dieser „Fluss“ für Nicht-Beteiligte nicht unbedingt transparent erscheint;
- *die Beziehung zwischen der ExpertInnen-Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer Konzeption für die LLL-Strategie und dem (alten) BMBWK und*
- *viele weitere Beziehungen*, insbesondere die der *Lernenden zu den Anbieterinstitutionen und auch jedenfalls zur Politik.*

Wichtig sind in diesem Kontext die zwei Fragen: Welche Rolle spielen und sollen Marktbeziehungen vernünftigerweise spielen (nicht zuletzt eben im Zusammenhang mit den neo-liberalen Vorschlägen der KundInnenbeziehung)? Wie ist bei Entwicklung einer politischen Strategie die Einbindung in die demokratische Willensbildung herzustellen?

Die Aufgabenstellung wird in der Abbildung durch den türkisen Kreis charakterisiert: *Wie können die partikulären Beziehungen zu einem sinnvollen System integriert werden?*

Es gibt zwei Aufgabenstellungen:

- Aufbau einer Struktur im Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung und
- Aufbau einer Struktur zum Zusammenspiel zwischen Erst-/Jugendbildung und Weiter-/Erwachsenenbildung.

Beides ist essenziell und wird in den Vorschlägen zur Konzeption einer LLL-Strategie auch stark betont, aber es gibt bisher hierzu nur sehr globale Vorschläge und Ideen.

Grundlegend geht es hier um die Frage des Aufbaus intermediärer Organisationen, die zwischen Politik/Verwaltung und den AkteurInnen im Feld der Praxis mit verbindlicher Unterstützung durch Forschung/Expertise eine vermittelnde Stellung einnehmen können

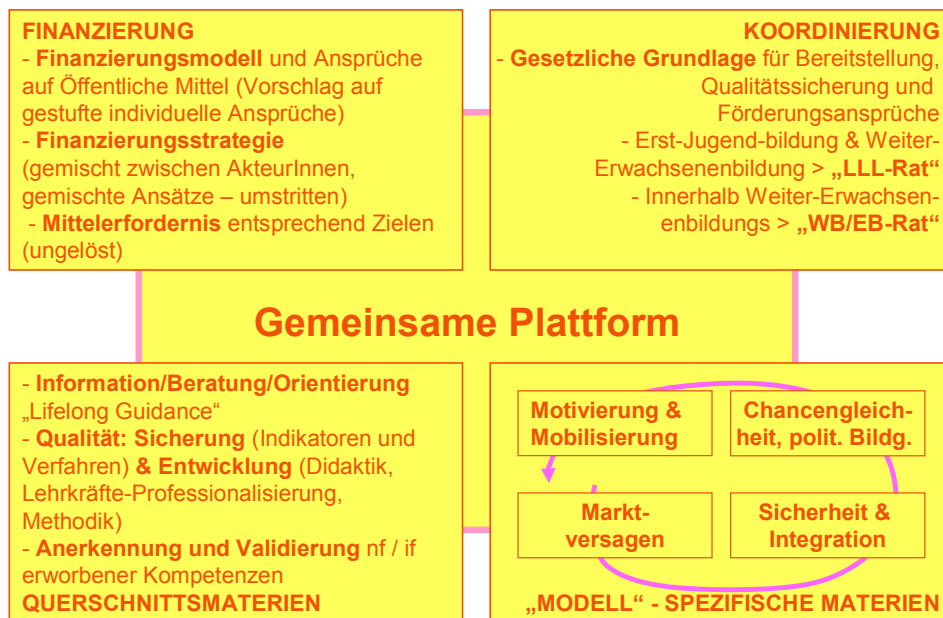
(Buffer-Organisations), wobei auch die Legitimationsbasis für diese Organisationen (gesetzliche oder politische Beschlüsse, Verhandlungslösungen, absolutistische Entscheidungen etc.) geklärt werden muss.

Operative Prioritäten

Überblick

Neben den Strukturen sind natürlich die operativen Prioritäten ganz wesentlich. Abbildung 6 enthält einen Vorschlag für zwei allgemeine Prioritäten (Finanzierung und Koordination), drei Querschnittsprioritäten (Information/Beratung/Orientierung; Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung; Anerkennung und Validierung nicht formal und informell erworbenen Wissens) und spezifische Prioritäten für die verschiedenen Teilbereiche (die auf bestimmte wesentliche Probleme fokussiert werden können: Marktversagen im wirtschaftlichen Bereich; Sicherheit und soziale Integration im Sozialbereich; Chancengleichheit und politische Bildung/Teilhabe im politischen Bereich und Motivierung und Mobilisierung für Lernen und Teilnahme an Bildungsprozessen im kulturellen Bereich).

Abbildung 6: Vorschlag für die Kategorisierung der operativen Prioritäten

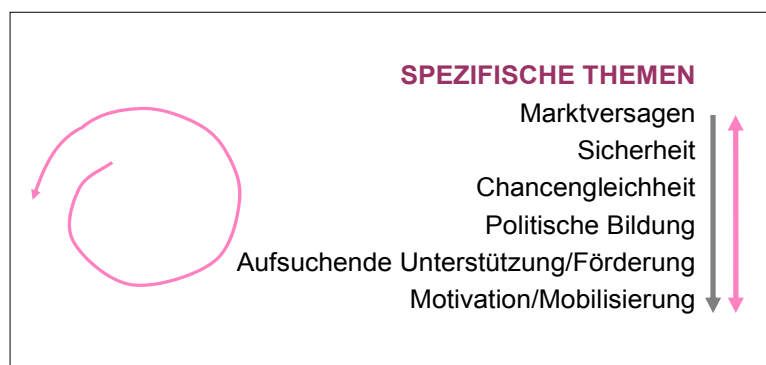


Quelle: Eigene Darstellung

Spezifische Prioritäten

Die spezifischen Themen werden in Abbildung 7 durch Stichworte charakterisiert. Die Darstellung illustriert auch eine gewisse Ordnung (zwei Pfeile): Die neo-liberale Position tendiert vor allem dazu, *die Motivationsprobleme und die Mobilisierung* zu thematisieren (am besten durch Anreize) und alle anderen Punkte (politische Bildung, Chancengleichheit etc.) mehr oder weniger zu ignorieren oder abzulehnen. Eine am Sozialmodell orientierte Position wird diese verschiedenen Themen jeweils stärker berücksichtigen bzw. teilweise auch in eine sukzessive Argumentationskette bringen: Wo *Marktversagen* nachweisbar ist, sind *Sicherheit* und *Chancengleichheit* zu garantieren, um letztere durchzusetzen, sind *politische Bildung und Partizipation* unverzichtbar, und die *Motivations- und Mobilisierungsprobleme* erfordern zu ihrer sozial ausgewogenen Lösung eine *aufsuchende Unterstützung und Förderung*.

Abbildung 7: Vorschlag für wesentliche spezifische Prioritäten



Quelle: Eigene Darstellung

Wichtige offene Fragen

Wesentliche offene Fragen zur Entwicklung einer LLL-Strategie in Österreich im Bereich der Erwachsenenbildung betreffen die Erhöhung der Beteiligung, den zusätzlichen Finanzbedarf, die Konkretisierung der Vorschläge zur Errichtung von Koordinationsstrukturen und die Entwicklung der Anerkennung/Validierung von außerhalb des formalen Bildungssystems erworbenen Kompetenzen.

Beteiligung

Die Beteiligung an LLL wird durch einen EU-Indikator gemessen, der in Österreich im Durchschnitt liegt und dessen Steigerung überdurchschnittlich ist. Teilweise wird daraus geschlossen oder nahe gelegt, dass kein gravierender Bedarf an zusätzlicher Beteiligung bestünde (vgl. Schneeberger 2005). Es gibt auch in einer EU-Eurobarometer-Befragung einen überdurchschnittlichen Anteil an RespondentInnen, die keine Hinderungsgründe für die Beteiligung an Erwachsenenbildung angeben. Dieser Anteil liegt bei 32% (im Vergleich zu 29% im EU-Durchschnitt) – d.h., dass zwei Drittel der Befragten Hinderungsgründe sehen (die wichtigsten sind in Tabelle 1 aufgelistet).

Tabelle 1: Hinderungsgründe für Beteiligung an Erwachsenenbildung

	Österreich	EU 15
Zeitmangel	28%	36%
Familiäre Gründe	18%	21%
Berufliche Verpflichtungen	11%	15%
„zu alt“	11%	13%

Quelle: Eurobarometer, Chisholm, Larson, Mossoux 2004

Zur Umsetzung einer LLL-Strategie wären die aktuellen Beteiligungsquoten an den Zielsetzungen und Prioritäten zu messen. Dazu wären entsprechende Analysen und Erhebungen sowie Diskussionen unter den beteiligten Stakeholdern erforderlich.

Die folgende Matrix könnte als Ausgangspunkt für die Formulierung entsprechender operativer Ziele genommen werden. Die Kreuze in etwa der Hälfte der 40 Felder deuten jene Problembereiche an, in denen *zusätzliche* Aktivitäten jedenfalls zu erwägen wären. Selbstverständlich können auch weitere Felder mit Prioritäten belegt werden. Für die Wirksamkeit einer Strategie ist jedoch auch die Konzentration wichtig – österreichische „Strategien“ zeichnen sich nicht selten durch ihren umfassenden verbalen Charakter bei wenig operationalisierten Zielen und Aktivitäten aus.

Tabelle 2: Mögliche Checkliste für die Analyse und Diskussion von operativen Zielen für die Erweiterung der Beteiligung

	Ausbildung	Integration	Politische Bildung	Chancengleichheit	Allgemeinbildung
Ältere
AMS („Sicherheit“)		...			
Innovation / KMUs („Zusätzlichkeit“)	...				
Unqualifizierte (Knowledge Lift)	
MigrantInnen
Jugendliche AbbrecherInnen
Nachholen, Weiterqualifizierung	
Lebensphasen (Frauen, „Wiedereinstieg“ & Umorientierung)	

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Bewertung der Prioritäten wird von der Einschätzung ausgegangen, dass

- für ältere Menschen, MigrantInnen und für jugendliche AbbrecherInnen umfassende Strategien zu entwickeln wären, die alle grundlegenden Zielbereiche umfassen; dass
- für Unqualifizierte und im Falle des Nachholens von Abschlüssen Ziele im Hinblick auf *Ausbildung und Chancengleichheit* zu formulieren wären und
- für KMUs im Hinblick auf *Ausbildung*.
- Im Hinblick auf *Lebensphasenorientierung und Arbeitsmarktpolitik* wären auch *Integrationsziele* zu formulieren.

Auf diese Weise wäre nicht ein globaler Ansatz der Erhöhung der Quote (um so und so viel Prozent) zu wählen, sondern von den spezifischen Problemstellungen auszugehen.

Finanzierung

In den Vorschlägen zur Konzeption einer LLL-Strategie wird ein konsistentes neues Finanzierungsmodell für das Bildungswesen vorgeschlagen, das im Bereich der Erwachsenenbildung von einer gemischten Finanzierung ausgeht und ausgewogene argumentierbare Ansatzpunkte für Förderungen vorschlägt.

Im Prinzip wird von einer gleichen (1:1:1) Verteilung auf öffentliche Hand, Betriebe und Individuen ausgegangen. Es werden jedoch keine Aussagen über Finanzierungsvolumina getroffen, außer dass das Nachholen von Bildungsabschlüssen im Prinzip durch die öffentliche Hand finanziert und die erforderlichen Finanzmittel abgeschätzt werden sollen.

Wenn man Gleichverteilung erreichen will, wäre die gegebene Verteilung ein guter Ausgangspunkt für die Diskussion. Leider steht diese nicht außer Streit, weil erstens aufgrund von Erfassungsproblemen die gegebenen Finanzvolumina nicht klar sind, und weil zweitens die Zuordnung des AMS umstritten ist (öffentlich oder Zuordnung zu den BeitragszahlerInnen).

Klar ist, dass die öffentlichen Gebietskörperschaften nur einen kleinen Anteil aufbringen (ca. 300 Mio. EUR, 10-15%, davon der Bund nur ca. 50 Mio. EUR). Für alle Ziele, die über die unmittelbar wirtschaftlichen Aspekte hinausgehen, und auch für Kompensationen von (nachweisbarem) Marktversagen im wirtschaftlichen Bereich wäre die öffentliche Hand zuständig.

Bei der Frage, in welcher Form Förderungen vergeben werden sollen, besteht ein gewisser Dogmenstreit zwischen verschiedenen Stakeholdern, ob dies in Form von institutioneller Basisförderung, Projektförderung oder Individualförderung geschehen sollte. Dies hängt direkt mit den Auseinandersetzungen um die marktmäßige Bereitstellung zusammen, die durch Individualförderung und Projektförderung gestärkt wird. Die Entwicklung eines konsistenten Förderungssystems hängt wiederum engstens mit den Koordinationsstrukturen zusammen.

In diesem Kontext sind einige Fragen und Widersprüchlichkeiten vordringlich zu klären, um aus den gegenwärtigen „Gräben“ vielleicht herauszukommen:

Erstens wird gerne davon gesprochen, dass in Österreich im Bereich der Erwachsenenbildung der Markt vorherrsche – dies wäre jedoch genauer zu erforschen. Es scheint sich de facto eher um ein kollektives System der Bereitstellung mit gewissen „Markteinsprengeln“ zu handeln, das entsprechend auch nicht nach den Gesetzen des Marktes funktioniert. Diese sind jedoch nicht klar (beispielsweise beschließt die Politik

sprunghafte Ausweitungen – oder Einschränkungen – des AMS-Volumens mit Effekten auf den Markt, die niemand zu bedenken scheint).

Zweitens wird von verschiedenen Seiten das Marktpotenzial als unterfinanziert und unentwickelt eingeschätzt, was aufgrund des Vorherrschens kollektiver Strukturen plausibel wäre. Folge dieser Unterfinanzierung wären Qualitäts- und Entwicklungsprobleme, die aufgrund der großteils prekären Beschäftigung und der mangelnden Professionalisierung auftreten. Dieser Einschätzung zufolge würden Institutionen dem Wettbewerb ausgesetzt, deren „Kapital“ nicht ausreicht, um zu bestehen.

Dies wäre systematisch zu untersuchen:

Erstens wäre die Entwicklung der „Marktstrukturen“ und „Marktsegmente“ von den vor einigen Jahren noch ziemlich monopolistischen Anbietern und Praktiken hin zu den mehr offenen Strukturen zu beachten.

Zweitens wären auch die unterschiedlichen „Marktwerte“ der verschiedenen Zielbereiche im Zusammenhang mit den Anbieterstrukturen zu berücksichtigen.

Drittens wäre der „Dogmenstreit“ zwischen den verschiedenen Förderformen in Richtung einer begründeten gemischten Strategie zu überwinden. Ein Beispiel dafür ist der Vorschlag der deutschen Expertenkommission (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Gemischte Finanzierungsvorschläge der deutschen Expertenkommission in Stichworten

- **Nachholen von Abschlüssen von gering Qualifizierten**
- **Bildungssparen**
- **Unternehmen:**
 - + Sozialpartnervereinbarungen
 - + Lernzeitkonten
 - + Verzahnung von betrieblichen & öffentlichen Maßnahmen
 - + LeiharbeiterInnen-Branchenfonds
 - + spezielle KMU-Förderung
- **Arbeitsmarktausbildung**
- **Grundversorgung für allgemeines, politisches, kulturelles Lernen (von Ländern und Kommunen als %-Satz des Haushaltes vorzusehen)**
- **MigrantInnen: Rechtsanspruch + Teilnahmepflicht**
- **Steuerliche Behandlung von Bildungsmaßnahmen**

Quelle: Expertenkommission 2004

Ein Beispiel für ein umfassendes, realisiertes und Maßstäbe setzendes Programm für das Nachholen von Abschlüssen von Unqualifizierten ist die Adult Education Initiative Schwedens (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Die Adult Education Initiative – Knowledge Lift als Beispiel für Höherqualifizierung in Stichworten

- **Programm für vier Jahre (1997-2000)**
- **Ziel:** keine Unqualifizierten mehr in Schweden
- **Finanzierung:** 3,5 Mrd. SEK/Jahr, 1.000 SEK pro Person im Arbeitskräftepotential (insg. Größenordnung 1 Mrd. EUR)
- **Struktur:** Anreize für Kommunale Erwachsenenbildung, Zusammenhang mit Arbeitsmarktausbildung (gemischte Finanzierung durch AMS und Steuern je nach Anspruchsberechtigung)
- **Teilnahme:** im Herbst 1997 über 500.000 TN, insgesamt haben über 10% des Arbeitskräftepotentials am Programm teilgenommen)

Quelle: Albrecht et al. 2004

Für Österreich gibt es als Ausgangspunkt für eine Diskussion über Finanzvolumina ein Programm des Ländernetzwerks von 12/2005, in dem eine öffentliche Grundfinanzierung bezogen auf das „Bildungsbudget“ gefordert wird: Bis 2010 sollten 5% des Bildungsbudgets für Erwachsenenbildung aufgebracht werden, bis 2015 sollte dieser Prozentsatz auf 10% erhöht werden. In EUR umgerechnet, würde die Forderung nach 5% etwa eine Verdoppelung der gegenwärtigen Mittel (+ 300 Mio. EUR) bedeuten. Außerdem werden „Personalsubventionen“ in der Höhe von zusätzlich 15 Mio. EUR bis 2010 bzw. bis 2015 in einer Höhe von 30 Mio. EUR gefordert (vgl. Ländernetzwerk 2005).

Die EU-Kommission regt in ihrer Mitteilung zur Erwachsenenbildung (EU-Kom 2006) an, gering Qualifizierte, die älter als 40 Jahre sind, systematisch um eine Qualifikationsstufe höher zu heben. Wenn man dies für Österreich umsetzt und dabei für einen Großteil der älteren Unqualifizierten ein durchschnittliches Weiterbildungsausmaß von 400 Stunden (20 Wochen à 20 Stunden) zum CVTS-Satz veranschlagt, so ergeben sich etwa 2 Mrd. EUR an Finanzbedarf – dies würde etwa eine Verdoppelung der gesamten gegenwärtigen Mittel für Erwachsenenbildung erfordern. Womit sich die Aussage der OECD bestätigt, dass nachhaltige öffentliche Förderprogramme zur Höherqualifizierung von Erwachsenen nennenswerte Mittel erfordern - quod erat demonstrandum.

Koordination

Wenn es richtig ist, dass die Verantwortungs- und Koordinationsstrukturen ein essenzieller Bestandteil einer LLL-Strategie sind, dann wäre die Gestaltung einer sinnvollen und funktionsfähigen Struktur sorgfältig auszulegen. Wie soll ein von ExpertInnen gestütztes politisches Koordinationsgremium für eine den gesamten Bildungsbereich übergreifende LLL-Politik gestaltet werden? Wie soll die Koordination im Bereich der Erwachsenenbildung verbessert werden?

Es gibt im Prinzip verschiedene Möglichkeiten, die gut auszulegen sind, bevor eine Entscheidung getroffen wird. In vielen Ländern hat es derartige Koordinationsstrukturen gegeben und man könnte von deren Erfahrungen lernen.

Wesentliche Aufgaben wären,

erstens die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Zielbereiche abzuwägen und auf einer ausreichenden Wissensbasis zu koordinieren;

zweitens Wege zu finden, wie die Anforderungen des Lifelong Learning in der Erst- und Jugendbildung verankert werden können (das dies nicht so einfach ist, wurde ansatzweise in Lassnigg, Mayer 2001 gezeigt);

drittens die Erwachsenenbildung nachhaltig weiterzuentwickeln und

viertens Wege der raschen und wirksamen Anerkennung und Validierung von außerhalb des formalen Bildungswesens erworbenen Kompetenzen zu finden.

Anerkennung/Validierung

Die Zugänglichkeit des Bildungswesens orientiert sich in Österreich stark an den bereits erworbenen Abschlüssen, wodurch die Chancengleichheit beeinträchtigt wird (z.B. „offener“ Hochschulzugang für Privilegierte). Bisher sind Verfahren der Anerkennung und Validierung von außerhalb des formalen Bildungswesens erworbenen Kompetenzen in Österreich nicht bis schwach entwickelt.

Zugänge in weiterführende Bildungsgänge für Personen außerhalb des Mainstreams sind meistens wiederum an Prüfungen in Anlehnung an das formale Bildungswesen gebunden (vgl. den traditionellen Zweiten Bildungsweg). Es ist nicht klar, was unter Kompetenzorientierung zu verstehen sei.

Schlussbemerkungen

In meiner Vortrags- und Expertentätigkeit sind mir verschiedene Extrempositionen zur Frage des Lifelong Learning von Erwachsenen begegnet, die teilweise komplementär sind. Vor etwas längerer Zeit war ich etwa zu einem Vortrag eingeladen mit dem Titel: Lifelong Learning als wichtigste Freizeitbeschäftigung. Kürzer ist es her, dass in einem

Workshop von sehr vielen TeilnehmerInnen die Botschaft: Lifelong Learning werde oft als Bedrohung wahrgenommen, als möglicherweise zutreffend ausgewiesen wurde. Als dritte Position sei eine fern stehende Beobachterin im Kontext einer EB-Institution zitiert: *„Die müssen sich doch grundlegend ändern, so ist es ja kein Wunder, dass sich die Leute nicht interessieren.“* Die bisher überraschendste Aussage ist mir im Urlaub begegnet, an einem Regentag im August 2006 in einem Wirtshaus am Gosausee. Die Wirtin zu einem ihr gut bekannten Gast: *„[...] was hast denn du da für ein neues super Auto da draußen stehn?“* Der Gast: *„[...] da muss ich erst einen Sprachkurs machen, bevor ich diesen Namen aussprechen kann [...].“*

Diese Aussagen spiegeln einige der Eckpunkte, die eine Lifelong Learning-Strategie in Österreich anpacken muss. Sie betreffen alle den Bereich der Erwachsenenbildung. Vieles spricht dafür, dass dieser Bereich vordringlich intensiv behandelt werden sollte, insbesondere im Hinblick auf den Handlungsbedarf der öffentlichen Hand, der teilweise sehr kontrovers eingeschätzt wird.

Von Europa wird eine Strategie gefordert, wobei wir gerne vergessen, dass „wir“ die Dinge im Rat mitbeschlossen haben. Gefordert wird auch: *„Die Systeme gerecht zu gestalten — das bedeutet, sicherzustellen, dass die Ergebnisse und der Nutzen der allgemeinen und beruflichen Bildung unabhängig sind vom sozioökonomischen Hintergrund und von anderen Faktoren, die zu Benachteiligungen in der Bildung führen könnten. [...] Die Investitionen sollten auf die Bereiche abzielen, in denen der soziale und wirtschaftliche Ertrag besonders groß ist, und somit Effizienz und Gerechtigkeit wirksam miteinander verknüpfen.“* (EU-Rat 2006, C79/8).

Sie wird nicht wirksam sein, wenn wir nicht die Probleme und Fragen in Österreich als Basis nehmen. Eine LLL-Strategie ist kein Allheilmittel, aber auch keine neo-liberale Bedrohung, sie kann einiges verbessern und im Rahmen einer umfassenden Innovationsstrategie möglicherweise ein Baustein einer Alternative zum Neoliberalismus sein.

Literatur

Albrecht, James; van den Berg, Gerard J.; Vroman, Susan (2004): The Knowledge Lift: The Swedish Adult Education Program that Aimed to Eliminate Low Worker Skill Levels. IFAU Working Paper 2004:17.
Online im Internet <http://www.ifau.se/upload/pdf/se/2004/wp04-17.pdf> 2007-02-04

Chisholm, Lynne; Larson, Anne; Mossoux, Anne-France (2004): Lifelong learning: citizens' views in close-up. Findings from a dedicated Eurobarometer survey, Luxembourg; Office for Official Publications of the European Communities. Online im Internet
http://libserver.cedefop.europa.eu/vetelib/eu/pub/cedefop/pan/2004_4038_en.pdf. 2007-02-04

EU-Kom (2006): Erwachsenenbildung: Man lernt nie aus. Mitteilung der Kommission KOM(2006) 614 endgültig. Online im Internet
http://www.bmbwk.gv.at/medienpool/14032/st14600_de06.pdf. 2007-02-04

EU-Rat (2006): Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung: Ein elementarer Beitrag zu Wohlstand und sozialem Zusammenhalt in Europa. Gemeinsamer Zwischenbericht des Rats und der Kommission über die Fortschritte im Rahmen des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“. 1.4.2006. Amtsblatt der Europäischen Union, 2006/C 79/01. Online im Internet http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/c_079/c_07920060401de00010019.pdf. 2007-02-04

Expertenkommission (2004): Der Weg in die Zukunft. Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens. Online im Internet
http://www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf 2007-02-04.

Ländernetzwerk (2005): Perspektiven der Weiterbildung in Österreich - Erwachsenenbildung und Öffentliches Bibliothekswesen. Grundsatzpapier des Ländernetzwerk Weiterbildung.
Eine Initiative der Landesarbeitsgemeinschaften für Erwachsenenbildung und öffentliches Büchereiwesen und der Länder. Online im Internet
<http://www.eb.salzburg.at/download/Laendernetzwerk.pdf> 2007-02-04.

Lassnigg, Lorenz (2001): Lebensbegleitendes Lernen in Österreich. Einige Herausforderungen. Expert/innentagung lebenslanges Lernen, 20.06.2001. Online im Internet http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/III_archiv/TagungLLL_Lassnigg.pdf 2007-02-04.

Lassnigg, Lorenz (2006): „Lifelong Learning“ – eine gesellschaftliche Herausforderung an die Bildungspolitik. Präsentation in der Tagung „Dialog: Lebenslanges Lernen“, 12. und 13. Dezember 2006, BIFEB, Strobl. Online im Internet
http://www.bifeb.at/III_tagung/strobl-dez06-red1.pdf 2007-02-04.

Lassnigg, Lorenz (2000): Zehn Thesen zur Entwicklung von Bildung-Erziehung in Österreich, Paper präsentiert auf dem Jubiläumskongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) zum Thema „In welcher Gesellschaft leben wir? Beiträge der Soziologie zum Selbstverständnis Österreichs am Übergang ins 21. Jahrhundert“, 20. bis 23. September 2000, Wien. Online im Internet
<http://www.equi.at/pdf/lassnigg.pdf> 2007-02-04.

Lassnigg, Lorenz (2005): Lifelong learning, school to work and labour market transitions.
Position paper workpackage 4.(TLM.NET 2005 Working Paper No. 2005-06).
Amsterdam: SISWO/Social Policy Research. Online im Internet
http://www.siswo.uva.nl/tlm/root_files/LorenzLassnigg.pdf 2007-02-04.

Lassnigg, Lorenz; Mayer, Kurt (2001): Definition and Auswahl von Kompetenzen in
Österreich. Länderbericht zum BFS-OECD Projekt DeSeCo, IHS Sociological Series No.
52. Online im Internet <http://www.ihs.ac.at/publications/soc/rs52.pdf> 2007-02-04.

OECD (2005): Promoting Adult Learning. Paris: OECD.

Schneeberger, Arthur (2005): Beteiligungsstruktur und Ressourcen der
Erwachsenenbildung. Empirische Grundlagen zu einer Strategie des
lebensbegleitenden Lernens. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft und Kultur. Wien; ibw. Online im Internet
http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/2_05_Online-Version-GESAMT.pdf 2007-02-04

Schuetze, Hans. G. (2005): Modelle und Begründungen lebenslangen Lernens und die
Rolle der Hochschulen – Internationale Perspektiven. In: Wiesner, Gisela; Wolter, Andrä
(Hrsg.): Die lernende Gesellschaft. Weinheim und München: Juventa, S. 225–244.



Dr. Lorenz Lassnigg

Studienabschluss 1980 (Pädagogik und Politikwissenschaft), anschließend Postgradualer Lehrgang in Soziologie am IHS und freiberufliche Forschungstätigkeit (u.a. am Institut für Tiefenpsychologie der Universität Wien). Seit 1985 geht Lorenz Lassnigg Forschungs- und Lehrtätigkeiten am IHS nach. 1990 war er als Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB, Schwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung) tätig, 1991 als Visitor an der University of California (Berkeley, Center for Studies of Higher Education, CSHE). Im Jahr 1995 war er Mitglied eines Review-Teams zur Evaluation des Systems der Berufsbildung von Minas Gerais, Brasilien, 1998/99 Consultant für die OECD (Rapporteur des OECD-Review-Teams zur Evaluierung Finnlands im Projekt „Transition from School to Working Life“). Seine laufenden Tätigkeiten liegen in der Erstellung von Gutachten für verschiedene nationale und internationale Stellen, er hat verschiedene Lehraufträge an den Universitäten Wien, Klagenfurt, Graz und der Wirtschaftsuniversität Wien. Die Forschungsschwerpunkte von Lorenz Lassnigg liegen in der Sozialwissenschaftlichen Bildungsforschung an der Schnittstelle zwischen sozialen, politischen und ökonomischen Fragestellungen, insbesondere im Umkreis der Koordination von Bildung und Beschäftigung sowie in der Evaluationsforschung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und in der Organisationstheorie.

E-Mail: [lassnigg\(at\)vhs.ac.at](mailto:lassnigg(at)vhs.ac.at)

Internet: <http://www.ihs.ac.at>

Telefon: +43 (0) 1 59991-214

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

ISSN: 1993-6818

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk

Projekträger Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Herausgeberinnen

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Medieninhaber und Herausgeber

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bm:ukk)

Minoritenplatz 5

A - 1014 Wien

Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Bürglstein 1-7

A - 5350 Strobl

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (Ö1, Wissenschaft/Bildung)

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnig (Institut für höhere Studien)

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Online-Redaktion

Projekt "Virtuelles Innovationszentrum für Erwachsenenbildung in Österreich"

c/o Institut EDUCON

Mag. Wilfried Hackl

Bianca Friesenbichler

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger, Textconsulting

AutorInnen dieser Ausgabe

Mag.^a Barbara Daser (Ö1, Wissenschaft/Bildung)

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnig (Institut für höhere Studien)

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Update: o. Univ.-Prof. Dr. Werner Lenz (Universität Graz)

Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.

Design und Programmierung

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das Magazin enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazins sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden.

Copyright

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“.

BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:



- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar an <mailto:redaktion@erwachsenenbildung.at> oder postalisch an die Online-Redaktion erwachsenenbildung.at, c/o Institut EDUCO N, Bürgergasse 8-10, A-8010 Graz, Österreich.

